



Rhodesische Siedler, Farmschutz: „So ein paar Wogs kriegen uns nicht hier weg“

## „Dreckige, schreckliche, schwarze Barbaren“

SPIEGEL-Korrespondent Paul M. Schumacher über Rhodesien vor der Machtübernahme der Schwarzen

Wenn der rhodesische Baumwollpflanzler Nick van Vuuren in diesen Tagen seine Ländereien abschreitet, dann denkt er an Bolivien. „Selbst die verdammten ‚terrs‘ konnten uns in den letzten zehn Jahren nicht so viel Schaden zufügen“, flucht er unter seinem breitkrempigen Hut. An seinen Schuhen kleben dicke Erdklumpen. Bei dem Gedanken an die Terrs, die Terroristen, schließt sich seine braune Faust fester um den Kolben des FN-Ge- wehrs.

Die 182 Hektar Baumwolle des weißen Siedlers machen einen jämmerlichen Eindruck. Schon bis Anfang April fiel doppelt soviel Regen wie im Vorjahr, und es gießt weiter. Selbst nach zehn Tagen Sonnenschein wadet van Vuuren noch im Schlamm. An vielen Pflanzen sind die Baumwollkapseln bis jetzt noch nicht aufgeplatzt, statt einer Pro-Hektar-Ernte von 2320 Kilogramm wie im letzten Jahr werden es diesmal bestenfalls 400 Kilogramm sein.

Da drängen sich selbst dem hartge- sottensten Farmer Gedanken an Aus- wanderung auf. Bolivien, so hatte ihm ein ebenso geprüfter Nachbar auf der letzten Farmerversammlung in Que Que erzählt, bereite derzeit die Aufnahme von mehreren hundert wei- ßen Siedlerfamilien aus Rhodesien vor.

Die wenigsten mögen zugeben, daß auch die politische Lage Rhodesiens in ihren Auswanderungsplänen eine Rolle spielt. Obschon sich die Farmer nach Sonnenuntergang in ihren Häusern ver-

schanzen — Maschinenpistole neben dem Fernsehsessel und das ständige Quäken eines batteriebetriebenen Funksprechgeräts im Hintergrund —, obschon die Alarmanlage am drei Meter hohen Sicherheitszaun, die Flutlichter eingeschaltet und die Hunde losgelassen sind, behaupten die rhodesischen Farmer noch immer: „So ein paar ‚wogs‘ (Schimpfwort für Schwarze) kriegen uns hier nicht weg.“

Viele verstehen die Welt nicht mehr, seit die Wogs von gestern die Herren Minister von heute sind. Besonders er- boste sie, daß John Kadzviiti Mitte April zum Verteidigungsminister berufen wurde. Der hatte nämlich bis zu seiner Rückkehr vor wenigen Monaten fast zwanzig Jahre lang im sambischen Exil eine Schlüsselrolle in der Befreiungsbewegung Zanu (Zimbabwe African National Union) gespielt. Da- mals hatte er für den Nachschub der Guerrillero-Organisation zu sorgen.

„Ian Smith ist vom Teufel besessen“, behauptet die reaktionäre Rhodesian Action Party (RAP), die allerdings bei den letzten Wahlen im August 1977 mit ihrem Apartheids-Programm keinen einzigen Parlamentssitz erringen konn- te.

Tatsächlich ist Ian Douglas Smith auch heute noch für die meisten der 260 000 Weiß-Rhodesier der „König aller Rhodesier“, so wie ihn kürzlich ein Maler auf einem großen Ölgemälde mit Zepter und Rüstung darstellte. Derzeit bereist der König das Land und be- ruhigt die Weißen, indem er ihnen ver-

sichert, ein „pretty good deal“ erwar- te sie. „Ich habe keinen Ausverkauf ge- macht“, erklärte er einem RAP-An- hänger beim Meeting in einem Tabak- Trockenspeicher im östlichen Chipin- ga-Distrikt.

Mittlerweile läßt Smith keinen Zwei- fel mehr daran, daß „ungeheurer Druck auf Südafrika, der an uns weitergegeben wurde“, letztlich seinen Sinneswandel erzwang und die von ihm noch unlängst gelobte tausendjährige weiße Alleinherrschaft zu Fall brachte.

„Kein anderer Mann hätte so viel für alle Rhodesier erreichen können wie Mr. Smith“, sagt der frühere stellvertretende Informationsminister André Holland, der seinen Sessel Mitte April räumen mußte, als neun schwar- ze Minister ebenbürtig neben neun wei- ße Kollegen in die Übergangsregierung einrückten.

Und eine treue Wählerin der Smith- Partei „Rhodesische Front“ (RF) schrieb an eine Zeitung: „Wenn wir in den letzten dreizehn Jahren nicht RF gewählt hätten, fehlte uns heute schon der Kopf, den wir nun, nach Meinung der Smith-Kritiker, beschämt senken sollten.“

Trotz der zahlreichen Vertrauensbe- weise landesweit kann es sich der weiße Führer kaum leisten, die Zügel zu lok- kern. Noch vor allgemeinen Wahlen und der Übernahme einer schwarzen Mehrheitsregierung am 1. Januar näch- sten Jahres dürfen die 90 000 weißen Wähler des Landes in einem Referen- dum über die bis dahin vorgelegte Ver-

fassung des zukünftigen Simbabwe abstimmen.

Mit plumper Bangemacherei versucht die RAP die „historische Entscheidung“ zu beeinflussen. Ihr Führer Glen Idensohn zitiert mit Vorliebe einen Passus, der zwischen Smith und drei gemäßigten Nationalisten ausgehandelten „internen Lösung“, wonach auch Guerrilleros in die regulären Streitkräfte aufgenommen werden können, — „dreckige, schreckliche, wilde schwarze Barbaren“, so Idensohn kürzlich vor 600 Zuhörern.

Ähnlich denken viele Soldaten der Smith-Armee. Wütend sagt ein schnigger weißer Offizier in Kariba: „Den ersten, mit dem ich allein im Busch bin, lege ich eigenhändig um.“ Dann holt er Photos aus der Brusttasche seines verwaschenen Kampfanzugs. Sie zeigen die Beerdigung seines ältesten Sohnes, der auf seiner Farm in einen Hinterhalt geriet, die Einäscherung eines zweiten Sohnes, der durch eine Landmine zer-

fetzt wurde. Etwa 7000 Menschen starben bereits im rhodesischen Buschkrieg, die Verbitterung auf beiden Seiten erscheint abgrundtief.

Auch jetzt noch schießen die Soldaten ohne Warnung auf schwarze Zivilisten, die etwa nach Sonnenuntergang die Ausgangssperre in den Grenzgebieten mißachten. Hunderttausende von Schwarzen wurde in den vergangenen Jahren in bewachte Wehrdörfer zwangsumgesiedelt.

Ein Leibwächter von Bischof Abel Muzorewa, einem der Mitglieder des vierköpfigen Obersten Rats in der Interimsregierung, berichtet über ein solches Lager nördlich der Grenzstadt Umtali: „Meine Leute haben Hunger, sie sind vielfach krank und zittern vor dem weißen Wehrpflichtigen, der als oberster Aufseher Herr über Leben und Tod ist.“

Die drei schwarzen Mitglieder des Exekutivrats haben versprochen, mit solchen Mißständen noch während der

nächsten neun Monate aufzuräumen. Außerdem wollen sie die legalisierte Rassendiskriminierung nach dem berüchtigten „Land Tenure Act“ beseitigen, einem Gesetz, das die Landverteilung zwischen Schwarz und Weiß bis heute bestimmt.

Als die ersten weißen Siedler im späten 19. Jahrhundert nach Rhodesien kamen, hatten sie nichts Eiligeres zu tun, als die einheimische Bevölkerung zu enteignen. Schon nach sechs Jahren, 1896, gehörte ihnen ein gutes Fünftel des Territoriums. 1930 legalisierten sie den kolonialen Landdiebstahl im „Land Apportionment Act“, 1969 in „Land Tenure Act“ umbenannt.

Den über sechs Millionen Schwarzen wie den 260 000 Weißen gehörten seitdem jeweils gut 180 000 Quadratkilometer. Allerdings durften die Weißen zu ihrer Zuteilung 156 000 Quadratkilometer als Privateigentum erwerben. Den Schwarzen hingegen wurden über 160 000 Quadratkilometer gleich zu „Tribal Trust Land“ (TTL) erklärt, zu Land, das von den Häuptlingen zum gemeinsamen Wohl verwaltet wird — oder auch nicht.

Erst im vergangenen Jahr entschieden die weißen Herren, daß zukünftig alle Rassen in ganz Rhodesien, außer in weiterhin reservierten 200 000 Hektar und den TTLs, Landbesitz erwerben dürften. Doch bis Ende 1977 hatten ganze zwei Schwarze die Chance nutzen können und das sündhaft teure „weiße Land“ für landwirtschaftliche Nutzung gekauft.

In den Städten sieht es kaum anders aus: Weiße und schwarze Vororte in Salisbury sind fein säuberlich voneinander getrennt, und das würde auch so bleiben, wenn es nach dem Stadtrat ginge.

So wurde in den letzten Tagen des März ein Beschluß über die Integration von Wohngebieten um ein Jahr vertagt — auf einen Zeitpunkt also drei Monate nach dem Machtwechsel. „Es war eine unzeitgemäße Entscheidung“, kritisierte selbst die konservative „Sunday Mail“ milde.

Einige Schwarze haben dennoch bereits den Sprung in die weißen Vorstädte gewagt. Sam Gozo etwa, der mehrere Jahre in Sambia und Angola gelebt hatte, ließ sich Ende letzten Jahres in einem Haus mit Swimming-pool in Avondale nieder. „Am zweiten Tag kam die Polizei und bewachte uns zwei Wochen lang allnächtlich. Schließlich ließ man uns in Ruhe, wohl aus Angst vor dem weltweiten Aufsehen.“ Heute lobt Gozo seine Nachbarn: „Ich glaube, die weißen Rhodesier sind jetzt bereit zum Miteinanderleben.“

Professor Hasu Patel, Dekan der Fakultät für politische Wissenschaften an der Universität von Rhodesien, benennt vor allem vier Gebiete, auf denen

\* Die Waffen können vom Fahrer während der Fahrt automatisch abgefeuert werden.



Verlassenes Wohnhaus in Salisbury: „Unser Problem liegt nicht in den Gesetzen . . .



. . . sondern beim Mann auf der Straße“: Wagen mit aufmontierten Gewehren\*

# Vorwärts!

**Schicken  
Sie uns  
bitte den  
ausgefüllten  
Bestell-  
schein  
umgehend  
zurück.  
Danke.**

Ich möchte die Wochenzeitung  
Vorwärts bestellen:

Abonnement DM 6,— pro Monat  
Studentenabonnement DM 3,90  
(gegen Vorlage der Studien-  
bescheinigung)

Name

Adresse

Unterschrift

Vorwärts  
Godesberger Allee 108—112  
5300 Bonn 2

**Vorwärts  
überholen Sie links**

Schwarze schwer benachteiligt sind. So werden im sozialen Bereich Kontakte über die Rassenschranken weg verhindert, eine „Geisteskrankheit“ (Patel), die Rhodesier bereits in der Wiege befalle.

Die Job-Angebote, Aufstiegschancen und Gehälter in Wirtschaft und Verwaltung sind für Schwarze beschränkt. Schwarze sind in der Öffentlichkeit, etwa in Hotels und Restaurants, zahlreichen Restriktionen unterworfen. Für Schwarze werden kaum Übernachtungsmöglichkeiten in den Nationalparks angeboten, und schließlich werden in allen Geschäften Weiße grundsätzlich zuerst bedient.

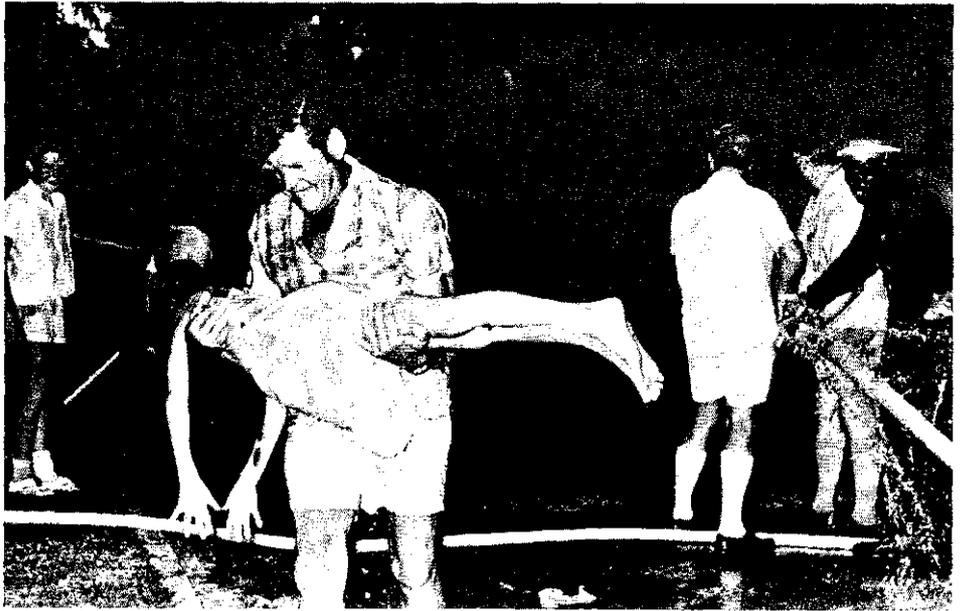
Dem Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit im Afrikanischen Nationalrat des Pfarrers Ndabaningi Sithole, Joseph Masangomayi, schwant denn auch be-

— ganz wie es afrikanischer Brauch an einem Freudentag vorschreibt.

Auch nach der Entlassung aller 461, so schätzt das Internationale Rote Kreuz in Salisbury, bleiben noch rund 400 Schwarze inhaftiert. Gerettet scheinen dagegen einige Dutzend Todeskandidaten, die meisten davon politische Gefangene, die aktiv für die Sache der Guerrilleros eintraten.

Bis zum 3. März, dem Tag, als die Übergangsregierung ihre Arbeit begann, hatte der Henker noch Hochbetrieb. So sollen seit Jahresbeginn 50 Personen exekutiert worden sein, so viele wie sonst in einem ganzen „normalen Jahr“, versichert ein Informant im Gefängnis von Salisbury.

Selbst wenn die weiße Minderheit im letzten Moment, etwa beim Referendum, die Machtübernahme der



Zivilschutz-Übung in Rhodesien\*: „Wenn der Krieg nur enden würde“

reits: „Unser Problem liegt nicht so sehr in einer Änderung der Gesetze, sondern in der Haltung des Mannes auf der Straße.“

Zumindest auf einigen Gebieten beilegt sich die neue Übergangsregierung in Salisbury, in der erstmals mehr Schwarze als Weiße sitzen, das Salisbury-Abkommen vom 3. März zu verwirklichen. So wurden Mitte April in Wha Wha (zu deutsch: Bier), in der Nähe von Gwelo, die ersten von 461 politischen Gefangenen entlassen.

Männer, die bis zu zwanzig Jahren ohne rechtskräftige Verurteilung hinter Stacheldraht verbracht hatten, tappten unsicher, mit wenigen Habseligkeiten beladen, in die Freiheit. Zuvor mußten sie geloben, sich „friedlich und gesetzestreu“ zu verhalten. Die Angehörigen vor dem Lagertor begannen zu tanzen und priesen unter Tränen in melodischem Gesang die Geister der Ahnen

\* Angenommener Fall: Die im Haus einer weißen Familie eingelagerte Munition ist explodiert.

sechs Millionen Schwarzen blockieren wollte, entginge sie doch nicht dem wirtschaftlichen Verhängnis. „Die rhodesische Wirtschaft liegt in den letzten Zügen“, hieß es kürzlich in einer Analyse der rhodesischen Standard Bank. „Die einzige Hoffnung ist eine politische Einigung, die international anerkannt wird“, so der Bericht.

Allein 1977 sank das Bruttosozialprodukt um sieben bis acht Prozent, und im laufenden Jahr dürfte sich die Talfahrt noch beschleunigen. Zum erstenmal wies Rhodesien außerdem offiziell ein Zahlungsbilanzdefizit aus, weshalb die Importe 1978 um mindestens 20 Prozent gedrosselt werden müssen.

Schlecht steht es auch um den Tourismus. Im letzten Jahr kamen nur noch 103 515 Besucher, verglichen mit 339 210 im Jahr 1972. Tatsächlich trauen sich nur noch wenige Ausländer in die Luxushotels im Wankie-Nationalpark oder an den Victoria-Fällen. Aufkleber am Spiegel oder im Bad

warnen den Gast vor „Angriffen“ und „fliegendem Glas“.

Dennoch, so behauptet jedenfalls ein Touristenführer, kennen vor allen Dingen Besucher zweier Nationalitäten keine Angst: „Deutsche und Amerikaner fragen mich immer als erstes, wo der letzte Terroristenangriff war, und suchen dann womöglich noch nach Blutspuren und Patronenhülsen.“

Viele Straßen Rhodesiens sind nur noch im bewaffneten Konvoi zu befahren. „Wenn der Krieg nur enden würde“, ist ein Wunsch, den man in ganz Rhodesien, von Schwarzen und Weißen, immer wieder hört. Schon freuen sich die Weißen, die noch bis zum 50. Geburtstag jedes Jahr zum Wehrdienst herangezogen werden, daß ja demnächst auch die Schwarzen, die jetzt schon als Freiwillige mehr als zwei Drittel der Truppe stellen, regelmäßig einrücken müssen. Ohnehin wollen die meisten der entmutigten Siedler für ein schwarzes Simbabwe nicht kämpfen.

Schon der Name versetzt sie in Wut. In den Leserbriefspalten des „Rhodesia Herald“ ist eine erbitterte Diskussion im Gang: „Unser wunderschönes Land soll nicht nach einem Haufen alter Steine benannt werden“, zürnte eine Dame. Sie „will gar nicht wissen“, ob die Ruinen im Süden des Landes von Bauwerken des historischen Reiches von Simbabwe stammen, die womöglich schon zur Zeit der Königin von Saba errichtet wurden.

Trotz aller offiziell verkündeten Harmonie zwischen schwarzen und weißen Mitgliedern der Interimsregierung entscheiden sich viele Weiße für die „yellow route“: Sie verlassen das Land. Zwar emigrierten im Februar nur 347 — weniger als jemals in den letzten 21 Monaten —, doch unter ihnen waren 37 Ingenieure, 32 Buchhalter, 26 Lehrer und zehn Ärzte.

Allein in den ersten zwei Monaten verließen 881 Fachkräfte Rhodesien und nahmen dabei in Kauf, daß sie wegen der strengen Devisengesetze oftmals nur wenige Tausend Mark ins Ausland bringen konnten. Joe de Haas, Präsident der Industriekammer in Bulawayo, hat schon von ganz anderen Dimensionen reden hören. Danach könnten dem Land noch 100 000 Weiße verlorengehen.

Jedoch wittern etliche Weiße sogar eine neue Chance. Allein in Salisbury erwarben seit Anfang des Jahres 253 Ausländer Bürgerrechte.

Zuversichtlich bleibt auch eine nach eigenen Angaben „alerte Großmutter“ aus Umtali aus einem bestimmten Grund: In einem Zeitungs-Leserbrief schrieb sie, daß Westdeutsche in Zaïre eine Raketenbasis erstellt haben.

Daß es sich dabei um eine Privatfirma mit unkriegerischen Raketen handelt, macht sie nicht irre. Deutsche und Raketen nach Afrika, vielleicht gar nach Rhodesien — „too wonderful“, meint sie.

## BRETAGNE

### Rosa Granit

**Die Bretagne, eine der am wenigsten industrialisierten Regionen Frankreichs, leidet schwer unter der Ölkatastrophe. Das Touristenparadies droht zu veröden.**

Der Tanker-Kapitän spielt Billard und wartet auf seinen Prozeß. Sein Reisepaß wurde eingezogen.

Sein Schiff rostet auf und neben einem Riff, auf den Seekarten fortan als Wrack gekennzeichnet. Position: 48



Reinigungstrupp am Strand: „Wirtschaftlich umgebracht“

Grad 36 Minuten nördlicher Breite, 04 Grad 45 Minuten westlicher Länge.

Die Ladung, rund 230 000 Tonnen Rohöl, ist schwerer zu orten: Rund 80 000 Tonnen schwappten an Frankreichs nördliche Bretagne-Küste, an das „unvergleichbare Rosa des Granits“, und „die kleinen Buchten mit weißem Sand“, wie die Reiseprospekte lockten.

Rund 200 von 1100 Kilometern dieser „phantastischen Schönheit einer traumhaften, unberührten Küstenwelt“ sind nun mit klebrigem schwarzem Rohöl bedeckt, die „frische, außerordentlich jodhaltige Luft“ verbreitet Tankstellen-Geruch.

30 000 Tonnen der Tanker-Fracht wurden inzwischen aus dem Meer gepumpt, 20 000 Tonnen von der Kriegsmarine mit Chemikalien besprüht, Tausende Tonnen versackten im Meer und vernichteten Langusten, Austern, Fische und Miesmuscheln. Tausende Tonnen aber schaukeln, von der Strömung getragen und vom Wind getrieben, mit etwa drei Prozent der Windschwindigkeit im Meer.

Sieben Wochen nachdem der Riesen-Tanker „Amoco Cadiz“ nach einem Ruderschaden bei Windstärke zehn dicht vor dem bretonischen Fischerdorf Portsall zerbrach, haben annähernd 6000 Soldaten und Hunderte von Freiwilligen Trupps Öl in Plastiksäcke geschöpft und die Felsen mit Bürsten geschrubbt.

Doch über so manchen Küstenabschnitt, der von den Ortsvorstehern eben als entölt gemeldet worden war, kam über Nacht erneut die schwarze Flut.

Der Wind, seit Monaten stürmisch, drückt das für die Raffinerien Rotterdams bestimmte Öl immer wieder landwärts. Ein dänischer Frachter versank mit 2800 Tonnen eben abgepumpten Ölschmutzes im Küstengewässer.

„Bis spätestens zum Juli“, hofft die bretonische Fremdenverkehrszone in Rennes, „wollen wir die Küste sauber haben.“ Doch: „Der Schaden ist bereits heute unermeßlich.“

Wohl hat die Pariser Regierung Entschädigungen für Austernzüchter, Algenfänger und Fischer bewilligt, auch prozessieren Hoteliers und Fährbetriebe vor Gerichten in Chicago um Schadenersatz von den Tanker-Reedern. Doch zu Tausenden sagen die Touristen nunmehr ihre Bretagne-Reisen ab, in manchen Gegenden bis zu 70 Prozent.

Betroffen sind nicht allein die 200 Kilometer överschmierte Küste, sondern auch jene Touristenzentren, die vom Öl gar nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden. Als schockierend empfand die Direktion des Touristenzentrums „Maison de Bretagne“ in Paris, „daß nun vor allem die Ausländer